

Er steuert durch den Gesetzes-Dschungel

Kapitän Paulsen landete im Bundestag

Harsefeld (ccs). Vor gut 20 Jahren steuerte Jens Paulsen noch den 200 000-Tonnen-Tanker „Esso Bonn“ vom Persischen Golf nach Europa. Inzwischen ist der „Kapitän auf Großer Fahrt“ Land-Advokat in Harsefeld. Ein Gesetzesentwurf zum Seerecht, den der 53-Jährige zwischen Gerichtsterminen und Mandanten-Gesprächen bastelte, landete jetzt unverhofft im Bundestag.

„Ein bisschen Wehmut ist da schon“, sagt Jens Paulsen, wenn er das Museumsschiff „Cap San Diego“ im Hamburger Hafen liegen sieht. Auf der Brücke des „weißen Schwans des Südatlantik“ ist er als Offizier für die „Hamburg Süd“ gefahren. Das war Anfang der 70er Jahre.

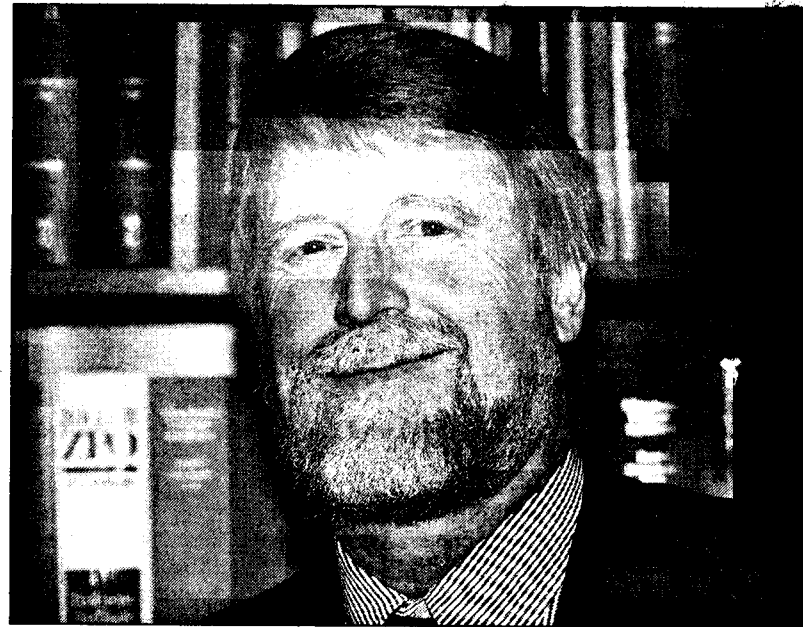
Schon als 16-jähriger „Hamburger Jung“ war Jens in See gestochen, hat alles erlebt: schwere Stürme, herrliche Länder und das „Rostkloppen“ in der Ausbildung. Mit 18 hatte er den Matrosenbrief in der Hand, 1972 sein Ingenieurszeugnis und das Kapitänspatent „AG“. Und auch

während seines Jurastudiums stand er immer wieder auf Brücken großer Pötte, um das Portemonnaie aufzubessern.

„Eine nicht so häufige berufliche Kombination“, meint Kapitän Paulsen, der 1983 eine Rechtsanwalts-Praxis in Harsefeld eröffnete. Heute steht er zwar nur noch am Ruder seiner privaten 6,5 Meter-Stahlyacht „Uschi“, mit der er sein „Hausrevier“ Unterelbe besegelt. Doch schlägt sein Herz noch für die christliche Seefahrt und das um so heftiger, wenn die „Ministerialbürokratie“ zuschlägt.

Ein Vorschlag der rotgrünen Bundesregierung zur Novellierung des „Seeunfall-Untersuchungsgesetzes“ (SeeUG), das die Bedeutung der Seeämter erheblich schmälert (TAGEBLATT vom 21. und 23. März), hat den Anwalt mit Äquatortaufe so in Rage versetzt, dass er einen eigenen Gesetzesentwurf auf seine Internetseite stellte (@Web-Tipp: www.ra-paulsen.de).

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Goldmann entdeckte Paulsens Homepage und holte



Landanwalt mit Kapitänspatent: Jens Paulsen.

Foto: Schmidt

sich die Erlaubnis, den Anti-Regierungs-Entwurf im Parlament vorzulegen. Paulsens eigene Partei („Ich bin seit einem viertel Jahrhundert CDU-Mitglied“) zeigte zunächst kein Interesse, stimmte vor einem Monat im Bundestag aber mit der FDP gegen den Regierungsentwurf, der am Freitag – überschattet vom Eklat ums Einwanderungsgesetz – auch den Bundesrat passierte.

Entgegen Paulsens Entwurf sollen nach dem neuen Gesetz die fünf Seeämter (Kiel, Hamburg,

Bremerhaven, Emden und Rostock) künftig nur noch dann eingeschaltet werden, wenn es nach Havarien um menschliches Versagen an Bord geht und der Entzug des Patents droht. Eine neue Bundesstelle in Hamburg soll alle übrigen Aspekte von Seeunfällen unter Ausschluss der Öffentlichkeit untersuchen. Paulsen: „Fast alle Verbände an der Küste – von den Reedern über Greenpeace bis hin zu Journalisten hatten sich gegen diese Neuregelung ausgesprochen.“